

## Medienmitteilung

Thema	Gemeindeabstimmungen Stadt Bern vom 9. Juni 2013
Für Rückfragen	Peter Ammann, Präsident glp Stadt Bern, Tel. 079 222 71 90
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6414, 3001 Bern eMail <a href="mailto:bern@grunliberale.ch">bern@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.bern.grunliberale.ch">www.bern.grunliberale.ch</a>
Datum	7. Mai 2013

### Parolen zu den Gemeindeabstimmungen vom 9. Juni 2013

**Die Grünliberalen Stadt Bern setzen sich für einen fairen Wettbewerb zwischen städtischen und privaten Kitas entsprechend dem Volkswillen ein. Bei der Gemeindeabstimmung vom 9. Juni über das Betreuungsreglement sagen sie deshalb Ja zum Beschluss des Stadtrates. Den Volksvorschlag lehnen die Grünliberalen hingegen ab, da dieser die städtischen Kitas bevorzugt und dadurch den Volkswillen missachtet. Ja sagen die Grünliberalen auch zur Abstimmungsvorlage „Schutz von Wohnraum“, mit der die Umwandlung von städtischem Wohnraum unter bestimmten Bedingungen bewilligungspflichtig bleibt. Bei der Regierungsstatthalter-Wahl des Verwaltungskreises Bern-Mittelland beschlossen die Grünliberalen Stimmfreigabe.**

Die Grünliberalen gehören zu den Mitinitianten des am 15. Mai 2011 von den Stadtberner Stimmberechtigten angenommenen Gegenvorschlags zur Kita-Initiative, der einen Systemwechsel bei der Finanzierung von Kindertagesstätten verlangt. Neu sollen gemäss dem Volkswillen nicht mehr die Institutionen subventioniert, sondern die Eltern mit Betreuungsgutscheinen unterstützt werden. Dies soll den Wettbewerb zwischen städtischen und privaten Kitas fördern und so das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen quantitativ und qualitativ verbessern. Mit dem vom Stadtrat erarbeiteten Reglement über die familienergänzende Betreuung von Kindern und Jugendlichen (FEBR) werden diese vom Volk gewünschten Grundsätze nach Überzeugung der Grünliberalen umgesetzt. Sie haben hierzu an ihrer Mitgliederversammlung ohne Gegenstimme die Ja-Parole beschlossen. Den Volksvorschlag lehnen die Grünliberalen hingegen klar ab. Dieser will den Wettbewerb durch Defizitgarantien und Tarifobergrenzen einseitig zu Gunsten der städtischen Kitas einschränken, was weder sozial noch fair ist und dem Volkswillen widerspricht. Bei der Stichfrage geben die Grünliberalen konsequenterweise dem Beschluss des Stadtrats den Vorzug.

Die Ja-Parole haben die Grünliberalen auch zur Teilrevision der Bauordnung, „Schutz von Wohnraum“ beschlossen. Diese stellt sicher, dass die Umwandlung von städtischem Wohnraum in bestimmten Zonen auch in Zukunft bewilligungspflichtig bleibt, solange der Leerwohnungsbestand weniger als ein Prozent beträgt. Eine Mehrheit der anwesenden glp-Mitglieder erachtet diese Vorgabe als verhältnismässig, solange der Wohnraum in der Stadt Bern derart knapp ist. Für die glp ist die Erhaltung von Wohnraum in der Stadt zudem ein Beitrag zur Verminderung des Siedlungsdrucks auf die umliegende Landschaft und somit auch ökologisch sinnvoll.

Bei der Wahl des Regierungsstatthalters im Verwaltungskreis Bern-Mittelland beschlossen die Grünliberalen eine Stimmfreigabe.